

die sich an Regeln halten, werden von denen, die sich nicht an Regeln halten, überflügelt und beim Preis unterboten. Das wollen wir eben nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das macht deutlich, Herr Preuß, dass es mit Ihrer Wirtschaftskompetenz so weit nicht her ist, weil gute Arbeit immer zusammen mit guter Wirtschaftspolitik einhergeht. Das muss Ihnen deutlich klar werden.

Warum bringen wir heute dieses Thema noch einmal zur Sprache? – Ich habe davon gesprochen, dass wir nicht nur Nebelkerzen oder kurze Strohfeuer zünden. Uns liegen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte am Herzen. Wir wollen, dass fairer Wettbewerb und menschlicher Umgang geregelt sind. Wir sind nicht nur dafür da, um darüber auf katholischen oder evangelischen Kirchentagen zu reden, sondern hier im Parlament.

(Henning Höne [FDP]: Das sind keine katholischen Kirchentage!)

Das wollen wir klarstellen, und das will ich noch einmal betonen.

Ich wollte mir das eigentlich sparen, aber nach den Ausführungen von Herrn Dr. Vincentz von der AfD will ich hier noch einmal deutlich sagen: Zu der Mär, dass sich die AfD für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt, muss sich jeder nur einmal Ihre Rede anhören, Herr Dr. Vincentz. So viel Unfug und so viel Treten auf dem Rücken von Menschen!

(Beifall von der SPD)

Das werden wir den Menschen in den Gewerkschaften klarmachen, denn Sie verabschieden sich von Politik, indem Sie sagen, dass Sie sowieso nichts tun können: Die Globalisierung ist da, der Markt ist da, wir können nichts machen. Im Übrigen grenzen wir dann noch Menschen aus.

Es muss den Menschen anhand der Rede, die Sie gehalten haben, klar vor Augen geführt werden: Es interessiert Sie nicht, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun. Das wird mit dem heutigen Tag noch einmal ganz deutlich. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Damit sind wir am Schluss der Aussprache, und ich schließe diese Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 – Ergänzung
Drucksache 17/11850 – 2. Ergänzung

Beschlussempfehlungen
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/11900
Drucksache 17/11901
Drucksache 17/11902
Drucksache 17/11903
Drucksache 17/11904
Drucksache 17/11905
Drucksache 17/11906
Drucksache 17/11907
Drucksache 17/11908
Drucksache 17/11909
Drucksache 17/11910
Drucksache 17/11911
Drucksache 17/11912
Drucksache 17/11913
Drucksache 17/11914
Drucksache 17/11916
Drucksache 17/11920

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11929

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11930

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11931

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11932

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11945

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11946

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11947

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11948

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11949

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11950

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11951

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11952

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11953

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11954

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11955

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11956

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2020 bis 2024 des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 17/11101

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/11917

Ich darf darauf hinweisen, dass im Ältestenrat verabredet wurde, das Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten, so wie in der Tagesordnung ausgedrückt, durchzuführen.

Nach der Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die Reihenfolge der Beratungen der Einzelpläne 08 – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung – und 07 – Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration – zu tauschen. Darüber hinaus beraten wir im Anschluss an den Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zunächst den Einzelplan 07.

Über den Einzelplan 20 stimmen wir erst morgen nach der Beratung aller Einzelpläne ab. Auch über das Haushaltsgesetz selbst stimmen wir erst morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Über die mittelfristige Finanzplanung werden wir ebenfalls morgen befinden.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass zwischen 12:30 und 14:00 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Alle in dieser Zeit zur Abstimmung stehenden Einzelpläne werden dann zusammen mit der ersten Abstimmung nach 14:00 Uhr aufgerufen.

Das alles vorwegschickend rufe ich nun auf:

GRUNDSATZDEBATTE

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2020–2024 des Landes Nordrhein-Westfalen

In Verbindung mit:

**Einzelplan 12
Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 20
Allgemeine Finanzen**

Ich darf die Aussprache eröffnen und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Zimkeit das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin. Da hat die Vorrede ja länger dauern müssen, als die Redezeit der Fraktionen beträgt. Aber das ließ sich wohl nicht vermeiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! So hektisch und chaotisch die Coronapolitik dieser Landesregierung ist, so lethargisch ist ihre Haushaltspolitik. Trotz der größten Wirtschaftskrise in Nordrhein-Westfalen tut diese Landesregierung im Haushalt so, als ob es diese Krise nicht gäbe.

Es ist vollkommen klar: Die Städte und Gemeinden in NRW brauchen angesichts ihrer massiven Einnahmeverluste mehr Hilfen und Unterstützung. Was tut die Landesregierung? Nichts. Oder doch ein bisschen; sie tut ein bisschen was. Sie verzichtet zwar auf eine Altschuldenlösung für diese Kommunen,

geht aber gleichzeitig hin, verlangt neue Schulden von diesen Kommunen und tritt dabei selbst noch als Gläubiger auf. Statt zu entschulden sorgen Sie dafür, dass sich die Kommunen mehr verschulden. Das ist Ihre Botschaft an die Menschen vor Ort in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Klar ist: Es muss mehr investiert werden – in Schulen, in eine Wasserstoffstrategie, in Klimaschutz, in den Strukturwandel. Was tut diese Landesregierung? Sie senkt die Investitionsquote. Klar ist: In der Krise steigt die Arbeitslosigkeit in diesem Land, und die Betroffenen brauchen mehr Unterstützung. Was tut diese Landesregierung? Sie streicht die Förderung von Arbeitslosenzentren. Klar ist – wir haben gerade darüber diskutiert –: Wir brauchen mehr Arbeitsschutz und mehr Arbeitsschutzkontrollen gerade in der Fleischindustrie. Was tut diese Landesregierung? Statt dort zusätzliche Stellen zu schaffen, knickt sie vor der Fleischlobby ein.

Klar ist: Wir brauchen eine Entlastung für die Menschen in dieser Krisensituation. Was tut diese Landesregierung? Statt Kitagebühren abzuschaffen und Straßenbauggebühren zu streichen, schafft sie mehr Bürokratie. Klar ist: Wir brauchen mehr Wertschätzung für die Wohlfahrtsverbände, die in dieser Krise für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land kämpfen. Doch statt Wertschätzung sorgt die Landesregierung dafür, dass sich die Wohlfahrtsverbände – Zitat – „verdrängt“ fühlen. Das ist das vollkommen falsche Herangehen in dieser Krise.

Es ist klar: Diese Krise ist nicht vorbei. Die Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung. Wir müssen, statt lethargisch zuzusehen, jetzt handeln – gegen massive Arbeitsplatzverluste, gegen eine drohende Pleitewelle, gegen die Existenzängste in diesem Land, die insbesondere Menschen mit geringfügiger Beschäftigung haben, deren Arbeit und Einkommen ganz wegfallen. Wir müssen gegen die soziale Spaltung handeln, die immer größer wird. Was tut diese Landesregierung? Sie ruft nach Hilfe vom Bund.

Der Ministerpräsident hat in einer Regierungserklärung einmal gesagt, es kann nicht Aufgabe von Landespolitik sein, in Krisenzeiten immer nach dem Bund zu rufen. Aber genau das hat er vorhin von diesem Pult noch einmal getan. Er hat augenscheinlich noch nicht zur Kenntnis genommen, dass er immer noch Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen ist, hier eine Verantwortung hat und hier handeln muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Handeln muss man insbesondere beim Rettungsschirm des Landes Nordrhein-Westfalen. Was tut diese Landesregierung? Hier können Sie es sehen: Das ist der Wirtschaftsplan dieser Landesregierung für den Rettungsschirm. Wenn Sie hier nichts sehen, ist das nicht so, weil das so weit ist und Ihre Augen nicht so gut sind. Sie sehen nichts, weil da nichts

steht. Diese Landesregierung hat keinen Plan, wie es mit diesem Rettungsschirm weitergehen soll. „Planlos in Düsseldorf“ ist hier das Motto.

(Beifall von der SPD)

Wir haben diesen Rettungsschirm gemeinsam auf den Weg gebracht, um den Menschen in diesem Land zu helfen. Er wird dringend für die Städte und Gemeinden, für sterbende Innenstädte, für Gastronomie, für Schausteller, für Kulturschaffende und für Veranstalter, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien gebraucht. All denen steht in der Krise das Wasser bis zum Hals. Sie sehen die Rettungsboote, die dieser Rettungsschirm eigentlich liefern soll. Dann kommen sie zu diesen Rettungsbooten und wollen einsteigen. Und was stellen sie fest? Da sitzen Herr Lienenkämper und all die Herren und Damen, die jetzt nicht hier sind. Da sitzen Herr Laschet, Herr Stamp, Herr Pinkwart und viele andere Mitglieder der Landesregierung und spielen „Rette sich, wer kann“. Diese Landesregierung will sich selbst retten, statt den Menschen in diesem Land zu helfen.

Die Menschen müssen feststellen, dass der überwiegende Teil der Mittel aus dem Rettungsschirm nicht ihnen dienen soll, sondern dazu, die Legende eines schuldenfreien Haushalts dieser Landesregierung aufrechtzuerhalten. Das sind die falschen Prioritäten. Sie, Herr Lienenkämper, retten die Falschen in diesem Land. Statt zu verhindern, dass Pleiten um sich greifen, dass Arbeitsplätze wegfallen, sorgen Sie nur für sich selbst. Das ist „Legendenbildung first, Hilfe für die Menschen second“.

Wir haben unsere Alternativen in diesen Haushaltsberatungen klar auf den Tisch gelegt. Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Menschen in der Krise. Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Kommunen. Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm gegen den Sanierungsstau und für Arbeitsplätze. Wir brauchen eine stärkere Förderung des sozialen Zusammenhalts, und wir brauchen mehr Engagement für die Bildung in diesem Land.

All das haben wir auf den Tisch gelegt. All das ist in einem Abstimmungsmarathon von der CDU und der FDP abgelehnt worden. Ich fordere CDU und FDP auf: Überwinden Sie Ihre Lethargie. Greifen Sie unsere Vorschläge auf. Machen Sie es doch so, wie Sie es bei Anträgen zum Rettungsschirm auch machen: erst ablehnen, weil „SPD“ draufsteht, dann selbst einbringen und beschließen. So zu handeln, wäre in diesem Fall besser für unser Land.

(Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Der Haushalt 2021 wird den Herausforderungen der Krise, in der dieses Land steckt, nicht gerecht. Er setzt keine Prioritäten und ist ein einfaches, lethargisches „Weiter-so“. Deswegen werden wir ihn ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimkeit. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Kollege Lehne das Wort.

Olaf Lehne (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Zimkeit, was kann das Land froh sein, dass Sie nicht mehr regieren.

(Beifall von Thomas Nückel [FDP])

Das ist schon deshalb der Fall, weil Sie so Widersprüchliches hier verkünden. Auf der einen Seite verkünden Sie, wir würden alle Ihre Ideen übernehmen, sie dann aber doch wieder ablehnen und eigene Anträge daraus machen. Vielleicht hören Sie jetzt mal zu und können dann etwas lernen. Es ist ziemlich realitätsfern, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, wie bedeutend die Arbeit eines handlungsfähigen Parlaments ist und wie wichtig verantwortungsvolles, besonnenes und zielführendes Regierungshandeln ist.

Dass unsere nordrhein-westfälische Landesregierung unser Land gut durch die derzeitige Coronakrise führt, beweist auch der Haushaltsentwurf für das Jahr 2021. Auch der Opposition kommt in diesen Krisenzeiten eine besondere Bedeutung zu – der sie leider nicht gerecht wird. Selbstverständlich muss das Handeln der Regierung vom Parlament hinterfragt werden. Selbstverständlich müssen kontroverse Debatten zwischen regierungstragenden Fraktionen und Oppositionsparteien in den Ausschüssen und im Plenum den Parlamentsalltag prägen. Doch Sie, liebe SPD, Grüne und AfD, haben in den letzten Wochen den Bogen weit überspannt. Mit sachlicher Kritik hatte dies teilweise nichts mehr zu tun.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Diese Zusammenfassung ist eine Frechheit, Herr Lehne!)

Beleidigungen, falsche Behauptungen und verdrehte Tatsachen waren bei Ihnen an der Tagesordnung. Gehen Sie doch bitte einmal in sich und fragen Sie sich, ob wirklich jede Aktuelle Stunde, jede Sondersitzung der Ausschüsse und jede Frage in der Fragestunde zielführend und zum Wohle der Bevölkerung waren.

Dies ist nicht die Zeit, um Profit aus der Coronapandemie zu schlagen, um Ihre eigene Partei aus dem Schlund der Bedeutungslosigkeit zu ziehen, liebe SPD.

(Zuruf von der SPD)

Dies ist auch nicht die Zeit für Ihren realitätsfernen Ideologiewettbewerb, liebe Grüne.

(Karl Schultheis [SPD]: Sagen Sie doch mal was zum Haushalt!)

Es ist auch nicht die Zeit für Ihren verqueren AfD-Populismus.

Legen Sie doch bitte endlich alle in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg Ihre parteipolitischen Scheuklappen ab. Lassen Sie uns doch wieder zu einem gemeinsamen parlamentarischen Handeln im Kampf gegen das Virus zum Wohle Nordrhein-Westfalens zurückkommen!

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Wohl die falsche Rede!)

Das hat doch am Anfang der Pandemie auch geklappt; denn da haben Sie permanent zugestimmt. Es muss doch nicht jede kleinste Äußerung ständig auf die Goldwaage gelegt werden. Es scheint einen Kritiküberbietungswettbewerb innerhalb der Opposition zu geben. Dies ist nicht zielführend und hat mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Legislative aber auch gar nichts zu tun.

Doch statt uns auf Ihre parteipolitischen Spielchen einzulassen, handeln wir als regierungstragende Fraktionen. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat einmal gesagt: Jene, die nicht glauben, dass es möglich ist, sollen bitte diejenigen nicht stören, die dabei sind, es zu versuchen. – Unsere nordrhein-westfälische Landesregierung versucht, die Pandemie mit allen möglichen Mitteln in den Griff zu bekommen. Sie handelt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Haushaltsentwurf 2021 ist der beste Beweis hierfür. Dieser Haushaltsentwurf fußt auf drei Säulen: Transparenz, Verlässlichkeit und Vorsorge. Der Corona-Rettungsschirm und der allgemeine Haushalt werden klar erkennbar voneinander abgegrenzt. Das ist auch gut so.

Diese Transparenz – die Stärke des Haushaltsentwurfs – wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern jedoch als Schwäche verkaufen, liebe SPD. Hier wird nichts schöngerechnet, sondern klar voneinander abgegrenzt. Bei solch haltlosen Vorwürfen sollte man nie von sich auf andere schließen. Wer hat denn verfassungswidrige Haushalte vorgelegt? – Das war doch Ihre damalige rot-grüne Landesregierung.

Grund für den Verstoß gegen die Landesverfassung war im Jahr 2011 die zu hohe Kreditaufnahme. Die wirtschaftliche Ausnahmesituation, auf die Sie sich berufen haben, konnte nicht hinreichend belegt werden. 2012 war Ihr Haushaltsentwurf sogar der Grund für die Neuwahlen. Also: Wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werfen.

Eine Coronakrise musste noch keine Landesregierung vorher bewältigen. Trotzdem halten CDU und FDP am Prinzip des Schuldenabbaus und an wichtigen Investitionen fest. Diese Investitionen sind notwendig, weil sie von Ihnen über Jahrzehnte ver-

schlafen worden sind. Dieser Haushaltsentwurf 2021 symbolisiert Verlässlichkeit, weil das, was war, bleibt und sogar mehr wird. Es gibt keine Abweichung gegenüber dem, was wir uns für normale Zeiten vorgenommen haben. Das hat Rot-Grün noch nicht einmal unter normalen Bedingungen geschafft. Dieser Haushalt zeigt, dass wir verantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen handeln und dadurch die notwendige Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität ermöglicht wird.

Mit Maß und Mitte werden in der mittelfristigen Finanzplanung die Pläne für die nächsten Jahre skizziert. Der NRW-Rettungsschirm bleibt aufgrund der anzunehmenden andauernden Notsituation bis 2022 aufgespannt. Für das Jahr 2023 sieht die mittelfristige Finanzplanung einen Haushalt ohne Entnahmen aus dem Rettungsschirm vor. Für das Jahr 2024 plant die Landesregierung einen Haushalt mit einem Überschuss von 200 Millionen Euro, der vollständig zum Einstieg in die konjunkturgerechte Tilgung der für den NRW-Rettungsschirm aufgenommenen Kredite verwendet werden soll.

Investitionsschwerpunkte setzen wir unter anderem bei der inneren Sicherheit, der Bildung und dem Klimaschutz. Bei der Polizei gehen 2.760 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter 2021 an den Start – mehr als je zuvor. Mit den Mitteln des Kinderbildungsgesetzes erbringen wir eine Rekordleistung für die frühkindliche Bildung in Kitas sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Jens Kamieth [CDU]: Sehr gut!)

Jährlich stehen 1,3 Milliarden Euro zusätzlich im Kinderbetreuungssystem. Für mehr Qualität kommen 437 Millionen Euro, für den Platzausbau 115 Millionen Euro hinzu. Wir investieren in die Verkehrswende und geben so viel Geld für den Radverkehr aus wie keine andere Landesregierung zuvor. Die Mittel für Energie und Klimaschutz werden in den kommenden Jahren im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung sogar versechsfacht.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Die öffentliche Wohnbauförderung ist mit 1,1 Milliarden Euro prall gefüllt. Die Mittel für das Wohngeld stocken wir um satte 106 Millionen Euro auf. Wir tragen unserem Anspruch Rechnung, die kommunalfreundlichste nordrhein-westfälische Regierung überhaupt zu sein. Mit 13,6 Milliarden Euro Zuweisungen aus der Gemeindefinanzierung sind unsere Städte und Landkreise bestens für das neue Jahr gerüstet.

Diese Beispiele zeigen: Wir halten auch in schwierigen Zeiten am beständigen Dreiklang von Modernisieren, Investieren und Konsolidieren fest und setzen so unsere solide Haushaltspolitik auch in Krisenzeiten fort. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir Grüne lehnen diesen Haushaltsplanentwurf der Regierung heute ab, weil er aus unserer Sicht weder den Herausforderungen der Coronakrise gerecht wird noch die notwendigen Antworten auf die zweite große Krise, um die wir uns kümmern müssen, die Klimakrise, gibt und vor allem, weil die Finanzpolitik der Landesregierung diese beiden Krisen nicht zusammendenkt.

Der Finanzminister wurde vom WDR noch liebevoll „Lucky Lutz“ genannt, als die Steuereinnahmen sprudelten. In diesen Zeiten, Herr Minister, haben Sie – trotz des immensen Investitionsstaus – Ihre Chancen nicht genutzt, um nachhaltig zu investieren. Sie haben das Geld lieber per Gießkanne und nach Befindlichkeiten verteilt.

Von 2017 bis 2020 stiegen die Steuereinnahmen in NRW um sagenhafte 10 Milliarden Euro. Allein von 2019 auf 2020 waren es über 4 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es schon eine besondere Leistung – wohl gemerkt im negativen Sinne –, wenn man von diesen 4 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen gerade einmal 200 Millionen Euro mehr für Investitionen ausgibt.

Bei der Grunderwerbsteuer gab es allein von 2017 bis 2020 eine Einnahmesteigerung von 600 Millionen Euro. Es macht mich angesichts dieser Zahlen immer wieder fassungslos, wie nonchalant der Ministerpräsident hier das Gegenteil von dem macht, was er noch in der Opposition und vor der Wahl versprochen und gefordert hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von den zusätzlichen Steuereinnahmen sollten nämlich ein Drittel – Achtung: ein Drittel – in Investitionen fließen und ein Drittel den Menschen zurückgegeben werden.

Nehmen wir einmal das Beispiel von 2019 bis 2020. Es ist nicht so schwer, Herr Minister, das durchzurechnen: Kein Cent von den 600 Millionen Euro Mehreinnahmen der Grunderwerbsteuer wurden zurückgegeben, obwohl Sie es den Menschen versprochen haben. Ein Drittel von 4 Milliarden Euro, das kann man sogar schnell im Kopf ausrechnen, wären ca. 1,3 Milliarden Euro, um die die Investitionen hätten steigen müssen. Tatsächlich waren es aber nur mickrige 200 Millionen Euro. Hier haben Sie komplett das Gegenteil von dem gemacht, was Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Und jetzt? – Bei einbrechenden Steuereinnahmen laivert sich der Finanzminister als Krisenmanager durch diese Krise, ohne wirklich zu steuern und Akzente zu setzen.

In der Analyse, Herr Minister, gebe ich Ihnen ja noch recht. Bei der Einbringung haben Sie festgestellt, dass uns diese Notsituation mit den Steuermindermaßnahmen auch noch 2021 und 2022 beschäftigen wird und wir auch den Rettungsschirm bis dahin auf jeden Fall noch brauchen werden. Das ist richtig, aber warum ziehen Sie daraus nicht die notwendigen Konsequenzen? Nach wie vor fehlt eine vorausschauende Finanzplanung für den Rettungsschirm. Im Haushalt steht dazu schlicht nichts, außer dass die Steuermindermaßnahmen abgedeckt werden. Wir finden nichts für die Bewirtschaftung auf Zeit. Offenbar funktioniert dieser Rettungsschirm wirklich wie ein Selbstbedienungsladen im Kabinett, bei dem auf Zuruf jeder das bekommt, was er mal so anmeldet. Das ist in dieser Krise aber keine vorausschauende Finanzplanung, denn wir sind nicht mehr im Krisenmodus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beispiel Luftfilter: Ich habe mir einmal angeschaut, wie das vonstattenging. Anfang September hat die Landesregierung überprüft und festgestellt, dass die Lüftungssituation in den Schulen nicht ausreichend ist und man da etwas machen müsste. Am 21. Oktober kündigt Frau Ministerin Scharrenbach eine Finanzierung über den Rettungsschirm an. Wir hatten da im HFA noch gar nichts von einer Vorlage gesehen, aber es wird schon mal verkündet. Erst am 5. November, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir dann im HFA die Mittel bewilligt. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch nicht einmal die Förderrichtlinien vor. Von der Ankündigung „Da müssen wir etwas machen“ bis zur Umsetzung hat es über zwei Monate gedauert. So kann man nicht durch diese Krise steuern. Mal wieder wurden die Schulen und die Kommunen vor Ort mit dem Problem allein gelassen.

Wir fordern Sie zum wiederholten Male auf: Legen Sie eine Finanzplanung und einen Wirtschaftsplan für den Rettungsschirm vor, aus dem transparent und nachvollziehbar hervorgeht, zu welchen Teilen und nach welchen Prioritäten der Schirm bewirtschaftet wird. Fangen Sie endlich damit an, diesen Schirm dafür zu nutzen, wofür er explizit vorgesehen ist – das sagen Sie in Ihren Ankündigungen sogar immer wieder –, nämlich für Konjunkturimpulse, um die Rezession abzufedern. Wir finden so gut wie nichts an Planung, um diesen Zweck zu erfüllen.

Das brauchen wir aber dringend, denn das Institut der deutschen Wirtschaft identifizierte Ende 2018 eine bundesweite Investitionslücke von 450 Milliarden Euro bis 2030.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns täglich in unseren Kommunen vor Ort ansehen, was das heißt, was da fehlt, was es für die Menschen bedeu-

tet, wenn diese Infrastruktur nicht mehr besteht und die Städte das nicht mehr leisten können. Hier hätte das Land als Konjunkturmotor in der Krise erst recht mehr investieren müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Regierung macht leider erneut das Gegenteil. Pro Einwohner bzw. Einwohnerin investiert NRW im nächsten Jahr laut Planung 400 Euro. Bayern schafft locker mehr als das Doppelte; dort sind es 900 Euro. Sie vergleichen sich doch immer so gerne mit diesen Strebern in Bayern. An der Stelle scheint man aber nicht besonders ambitioniert zu sein, dort einmal hinzuschauen, wie die es denn machen. Ich finde, die machen es richtig – und Sie leider nicht.

In Baden-Württemberg – man kann auch einmal ein anders regiertes Land nehmen – oder Sachsen sind es 700 Euro. Da sind wir nicht einmal im Mittelfeld, sondern tragen die rote Laterne.

In der Mittelfristigen Finanzplanung sinkt die Investitionsquote sogar. Was für ein fatales Signal! Wie zukunftsvergessen muss man in dieser Zeit sein, um die Investitionsquote zu senken?

(Beifall von den GRÜNEN)

Nicht umsonst war das auch der Hauptkritikpunkt in der Anhörung. Sie müssen nur einmal das Protokoll der Anhörung aufrufen und im Suchfeld „investieren“ oder „Investitionen“ eingeben. Damit erzielen Sie 54 Treffer. Das waren nicht etwa Lobhudeleien der Sachverständigen, wir würden so viel investieren, sondern das war Kritik eigentlich aller Sachverständigen, Herr Minister. Lesen Sie einmal das Protokoll. Vielleicht können wenigstens die Sachverständigen Sie überzeugen. Wir als Opposition scheinen Sie ja nicht erreichen zu können.

Wir Grüne haben genau da angesetzt und mit unseren Änderungsanträgen einen grünen Zukunftspakt vorgelegt, der mit nachhaltigen Investitionen Konjunkturimpulse in Verbindung mit der Bewältigung der Klimakrise setzt – Schulinfrastruktur, Digitalisierung, Radwege, Klimaschutzmaßnahmen. Das ist das Gebot der Stunde, um die Klimakrise mit Konjunkturimpulsen und der Rezession zusammendenken zu können – was wir aus unserer Sicht auch müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen bleiben bei dieser Landesregierung mal wieder die Kommunen auf der Strecke.

Als erstes Beispiel nenne ich das GFG. Ja, es gibt 943 Millionen Euro mehr als Ausgleich für die Einnahmeverluste – allerdings nur kreditiert. Damit treiben Sie die Kommunen doch nur noch mehr in die Schuldenspirale. Wir brauchen hier echtes Geld, also einen echten Ausgleich statt Haushaltskosmetik.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Zweitens. Wir wissen alle, dass die Kommunen auch 2021 die Gewerbesteuer ausfälle nicht alleine werden wegstecken können. Kein Wort dazu in der Haushaltsdebatte, weder von Ihnen, Herr Minister, noch von Frau Scharrenbach! Es gab noch nicht einmal – das hätte ja gar nichts gekostet – ein Bekenntnis dazu, dass Sie sich auf Bundesebene – vielleicht sogar heute bei der MPK – dafür einsetzen, dass auch 2021 der Bund diese Einnahmeausfälle der Kommunen mindestens hälftig kompensiert. Noch nicht einmal dieses Lippenbekenntnis haben Sie geschafft – geschweige denn, hier eine konkrete Planung in den Haushalt hineinzuschreiben, wie es sich unserer Meinung nach gehört hätte.

Drittens. Es ist wichtig, die kommunale Investitionskraft zu stärken. Das macht die Landesregierung auch, allerdings durch Erhöhung der Investitionspauschalen im GFG – begleitet durch die üblichen Lobgesänge auf sich selbst, wie Sie das immer so gerne machen, für die eigenen Wohltaten. Bei diesen Lobeshymnen verschweigt Frau Ministerin Scharrenbach allerdings, dass das nur eine Umverteilung ist.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im GFG kann man den Euro nur einmal ausgeben.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Höne [FDP]: Seit wann geben Sie denn den Euro nur einmal aus? – Zuruf von Olaf Lehne [CDU])

Wenn man ihn in die Investitionspauschalen steckt, dann fehlt er woanders. Und wo fehlt er? Bei den Schlüsselzuweisungen. Das heißt: Sie agieren hier auf Kosten der Ärmsten und der Schwächsten. Das ist „linke Tasche, rechte Tasche“.

(Olaf Lehne [CDU]: Das müssen ausgerechnet die Grünen sagen!)

Das löst keine Probleme, sondern schafft nur noch neue,

(Henning Höne [FDP]: Wenn es „linke Tasche, rechte Tasche“ ist, kann es ja nicht zu irgendwelchen Lasten gehen!)

gerade in den finanzschwachen Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier müsste den Kommunen und der Wirtschaft mit einem Investitionspaket aus Landesmitteln konkret geholfen werden. Das wäre das richtige Signal.

Meine Zeit reicht nicht aus, um heute alle Ihre gebrochenen Versprechen den Kommunen gegenüber aufzulisten. Deshalb kurz zusammengefasst: Auch bei der Flüchtlingsfinanzierung haben Sie Ihr Versprechen gebrochen. Was hat sich Rot-Grün nicht alles hier anhören müssen, als wir meinten, 10.000 Euro pro Jahr seien eine gute Pauschale für die Kommunen für die Flüchtlingsunterbringung. Aus Ihrer

Sicht war das ja schäbig. Das ging doch alles gar nicht. Und was machen Sie? Sie erhöhen sie nicht. Sie haben vier Haushalte lang Zeit gehabt, um Ihr Versprechen einzulösen und den Kommunen eine auskömmliche Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu gewähren. Auch hier haben Sie Ihr Versprechen gebrochen – genauso wie beim Altschuldenfonds. Auch dieser bleibt leider ein Dauerbrenner. Auch hier folgen den Ankündigungen keine konkreten Taten, die den Kommunen helfen können.

Zum Schluss möchte ich ein schönes Zitat vortragen, das ich in der „FAZ“ vom 23. November 2020 gefunden habe. Es lautet:

„Wir haben in den zurückliegenden guten Jahren viel verteilt, aber wenig investiert – zu wenig.“

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Weiter heißt es in diesem Gastbeitrag:

„Es wird höchste Zeit, dass wir dies ändern.“

Dieses Zitat stammt von Armin Laschet, von diesem Ministerpräsidenten.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Herr Laschet, Sie hatten und haben Zeit, das zu ändern. Aber Sie haben diese Zeit leider nicht genutzt. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel⁹⁾ (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Umfeld der heutigen Haushaltsberatungen wird mit der Coronapandemie durch eine internationale Notlage großen Ausmaßes geprägt, also durch externe Faktoren – noch stärker, als wir dies zuletzt in den Jahren 2008 und 2009 bei der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erlebt haben.

Die FDP-Landtagsfraktion kämpft dafür, mit den richtigen Weichenstellungen und intelligenten Investitionen in die Zukunft unseres Landes möglichst schnell den Krisenmodus zu überwinden und Nordrhein-Westfalen wieder zu einem modernen Aufsteigerland zu machen.

Die Landesregierung schlägt dem Parlament mit dem neuen Haushalt etliche Maßnahmen vor, die unser Land nach vorne bringen und der Konjunkturbelebung dienen sollen. Hier nur einige Beispiele:

Bei Bildung und Betreuung gibt es qualitative Verbesserungen und einen quantitativen Ausbau. Für frühkindliche Bildung in den Kitas stehen insgesamt über 550 Millionen Euro bereit – zusätzlich. Unsere Schulen profitieren von 2.750 neuen Lehrerstellen und 570 Schulverwaltungsassistenten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Papiertiger!)

Die Maßnahmen kommen insbesondere dem Masterplan Grundschule und den Berufskollegs zugute.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Papiertiger!)

Die innere Sicherheit profitiert von 2.760 Kommissar-anwärtern und zusätzlichen 500 Tarifbeschäftigten für den polizeilichen Verwaltungsdienst. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein historischer Einstellungsrekord im Kampf für den Rechtsstaat sowie gegen Kriminalität, Clans, Gewalt und Extremismus.

(Beifall von der FDP)

Investitionen von über 300 Millionen Euro dienen einer größeren Digitalisierung in der Landesverwaltung und bei der Gigabit-Strategie.

Die Kommunalfinanzen profitieren mit einer Rekordauszahlungssumme von 13,6 Milliarden Euro vom neuen kommunalfreundlichen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Die realen Steuerausfälle der Verbundmasse werden vom Land kompensiert und über 970 Millionen Euro kreditiert, damit sich die Kommunen mit ihrer Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten auch weiter betätigen können. Das ist auch richtig so. Viele wichtige Dienstleistungen für unsere Bürger werden nämlich vor Ort erbracht.

Die Coronafolgen werden in den Kommunalhaushalten weiter isoliert. Wir behandeln diese fiskalisch so, als ob es die Pandemiefolgen dort nicht gäbe.

Das Land verfährt auch in eigener Angelegenheit identisch: Der Stammhaushalt wird nach der Mittelfristigen Finanzplanung zum Prognosezeitpunkt Ende 2019 aufgestellt, also unmittelbar vor Eintritt der Coronawelle. Die Finanzierung der dafür notwendigen Mehrausgaben erfolgt über Rücklagen, Auflösungen und den Rettungsschirm, also eine Neuverschuldung, die ab 2024 in Raten vollständig zurückgezahlt wird.

Da wir keinen Blick in die Glaskugel werfen können, müssen wir mit Unsicherheiten leben. Wir wissen nicht, welche finanziellen Rückschläge wir in unserem Land noch durch Corona erleiden müssen. Wir müssen außerdem mit Risiken leben, was in der Eurozone, beim Brexit oder geopolitisch passiert.

Klar ist, dass viele Fragen von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen werden. Daher hat sich die NRW-Koalition dafür entschieden, unseren Bürgern wieder Mut zu machen und neue Perspektiven zu

eröffnen, indem wir nicht nur die Rezession verwalten, sondern am Aufschwung arbeiten.

Zukunft gestalten statt Krisen verwalten: Das ist unsere maßvolle und möglichst generationengerechte Antwort, wie Haushaltspolitik in der aktuellen Lage gestaltet werden kann.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schon der griechische Philosoph Aristoteles wusste vor über 2.300 Jahren: Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.

Es gibt in Nordrhein-Westfalen also keine risikoreiche Vollbremsung mit radikalen Ausgabenkürzungen, aber ebenso wenig Freibier für alle aus dem Füllhorn des Steuerzahlers, der dann die Zeche dafür zahlen muss, ob über Negativzinsen, Steuererhöhungen oder eine galoppierende Inflation.

Wir setzen neben akuten Hilfen auf zielgerichtete Zukunftsinvestitionen, die die Konjunktur stabilisieren und schnell wieder eine Erholung mit neuem Wachstum ermöglichen sollen. Erste Indikatoren zur Geschäftserwartung vermitteln uns Anlass zur Hoffnung.

Kritik an diesem Mittelweg der Koalition kommt aus zwei Richtungen, was ich hier auch gar nicht verschweigen will. Auf der einen Seite sagen Ökonomen und Verbände, die massive Schuldenaufnahme gehe viel zu weit. Auf der anderen Seite startet die Opposition einen Überbietungswettbewerb nach der Methode Scholz, welche Milliarden denn noch alle bewilligt werden können und sollen, und kritisiert, vom Rettungsschirm sei noch nicht genug Geld ausgegeben. Zu beidem will ich ausdrücklich Stellung beziehen.

Unser Ziel ist es doch nicht, als Selbstzweck möglichst 25 Milliarden Euro schnell auszugeben, sondern, den Ziehungsrahmen durch konjunkturelle Belebung idealerweise gar nicht vollständig zu benötigen. Solide Finanzen in einem Staat, der rechnen kann, waren, sind und bleiben unser Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir wollen neue Schuldenberge niedrig halten und alte absehbar abtragen. Das ist unser Anspruch an eine generationengerechte Politik. Mit dieser Haltung unterscheiden wir uns wohltuend vom Bund und von der EU.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das über sich selber zu sagen, ist schon gut!)

Folgende Zahlen verdeutlichen den Unterschied: Bundesfinanzminister Scholz steckt schon im Wahlkampfmodus und betreibt eine Schuldenproduktion am Fließband.

(Beifall von der FDP)

Er plant übereinstimmenden Medienberichten zufolge in diesen Tagen eine Rekordneuverschuldung in schwindelerregender Höhe von rund 160 Milliarden Euro.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Sie hätten sich an der Regierung im Bund beteiligen können! Das wollten Sie ja nicht!)

Das sind mehr als 4,5 % des Bruttoinlandsproduktes. Damit überschreitet er die Grenze der Maastricht-Kriterien deutlich. Die Schuldenquote im Bund steigt damit von 60 % vor dem Corona-Ausbruch auf deutlich über 75 % bis Ende 2021 an.

Zum Vergleich: Das Land bedient sich auf der anderen Seite zum Haushaltsausgleich 2021 eines Mittelabrufs aus dem Rettungsschirm in Höhe von 4,6 Milliarden Euro. Das entspricht 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen. Die Schuldenquote steigt damit bis Jahresende 2021 von 24 auf 27 % an.

Diese Zahlen zeigen den Unterschied, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Politik der Spendierhosen beim Bund wird exemplarisch auch beim neuen Kurzarbeitergeld deutlich. Zufällig bis zum Termin nach der Bundestagswahl wird das Kurzarbeitergeld auf 80 bzw. 87 % erhöht und für eine Bezugsdauer von 24 Monaten ohne jede Gegenleistung gezahlt. Dieses System wird zum Fehlanreiz, wenn die Konjunktur hoffentlich 2021 wieder anspringt.

Und der Bund macht noch etwas strukturell anders als Nordrhein-Westfalen. Er verstaatlicht Unternehmen. Wie früher bei der Commerzbank hat er es jetzt bei der Lufthansa getan und plant es noch an weiteren Stellen, unter anderem wahrscheinlich bei thysenkrupp.

Diesen Weg lehnen wir als ordnungspolitisch falsch ab. Wir machen das genaue Gegenteil. Wir haben mit der Privatisierung der Spielcasinos bei WESTSPIEL begonnen, die jahrelang Millionenverluste produziert haben, und sorgen so für neue Einnahmen des Landes durch Konzessionsvergabe an Private.

(Beifall von der FDP)

Die EU macht es ebenfalls nicht solider als der Bund. Sie verdoppelt rein schuldenfinanziert ihre Ausgaben im neuen Finanzrahmen auf 1,8 Billionen Euro. Sie nimmt für den sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds erstmals eigene Schulden am Kapitalmarkt auf, und zwar in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Das Land Nordrhein-Westfalen investiert zukünftig mehr, nämlich im Kernhaushalt fast 9 Milliarden Euro. Der letzte rot-grüne Haushalt hat an der Stelle 7 Milliarden Euro enthalten.

Unseriös ist die Politik der Opposition, immer nur mehr neue Schulden zu fordern. Das zeigen auch Ihre Haushaltsanträge. Wer wie die SPD dreistellige Millionenbeträge für kostenlosen ÖPNV verschleudern will, verbrennt nicht nur Geld, sondern verschärft damit auch die Infektionsprobleme massiv, wenn sich die Massen dann eng in öffentliche Verkehrsmittel hineinzwängen werden.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Und ausgerechnet die Grünen, die die vollständige Rodung des Hambacher Forstes selbst beschlossen haben, wollen diesen jetzt auf Steuerzahlerkosten von RWE erwerben. Wenn einem jemand empfiehlt, schuldenfinanziert Millionen für besetzte Baumhäuser mit Linksextremisten und Gewaltchaoten auszugeben,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

die mit Fäkalien und Munition um sich schleudern, dann weiß man, meine sehr geehrten Damen und Herren: Dieser Ratgeber ist kein Freund, der es gut mit einem meint.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Frechheit!)

Das ist eher ein Konjunkturprogramm für grüne Ideologie, die unser Land schon viel zu oft zurückgeworfen hat.

Deshalb zum Schluss ein wichtiger Hinweis auch für Sie von der Opposition: Unterstützen Sie einen maßvollen Weg in der Haushaltspolitik. Haushaltspolitik, Arbeitslosenquote, Zukunftsperspektive und Sozialleistungskosten stehen und fallen mit einer baldigen konjunkturellen Belebung. Sie ist Grundlage für die weitere Entwicklung.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Deshalb treten wir unverändert für eine evidenzbasierte und risikoorientierte Strategie im Umgang mit der Coronapandemie ein. Massive Grundrechtseingriffe, beispielsweise ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Ralf Witzel⁹⁾ (FDP): ... in die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit, sind nur zulässig und berechtigt, wenn sie sachlich erwiesenermaßen notwendig sind.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Hallo!)

Daher dürfen wir nicht ganzen Branchen pauschal von Montag bis Sonntag einen Ruhetag verordnen

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

und sie damit für weitere Monate dauerhaft in den Winterschlaf schicken.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Frau Präsidentin!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit!

Ralf Witzel (FDP): Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, unterstützen Sie den Haushalt in seiner Grundkonstruktion. Solidität ist und bleibt unsere Linie. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächster Redner hat nun für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Strotebeck das Wort.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss.“

Dieses Zitat von Mark Twain passt gut zur Haushaltsführung und damit zum Haushaltsgesetz unseres NRW-Finanzministers, Herrn Lienenkämper. Der Haushalt ist schuldenfrei, aber unser Finanzminister borgt sich das Geld aus einem Coronatopf.

Im September titelte die „Rheinische Post“: „NRW-Haushalt ohne neue Schulden“. Eine gute Nachricht! Die Schuldenbremse wird also eingehalten. Aber dies klappt nur, weil es nun mit dem Coronatopf eine Art zweites Konto gibt, welches über Jahrzehnte im Minus stehen und damit unser Land langfristig finanziell schwer belasten wird.

Seit drei Jahren gibt es keinen Gesetzentwurf der Landesregierung, welcher die Schuldenbremse nicht nur in der Haushaltsordnung, sondern auch in der Landesverfassung verankert. Wir, die AfD-Fraktion, werden den überfälligen Gesetzentwurf zeitnah einbringen.

Ich habe in der Vergangenheit immer eindringlich dargelegt – und das gilt auch noch heute –: Für uns hat die Generationengerechtigkeit höchste Priorität.

(Beifall von der AfD)

Auch der Bund der Steuerzahler mahnt in der September-Ausgabe seiner Publikation „Der Steuerzahler“ ausdrücklich: Finger weg von der Schuldenbremse!

Beim Haushalt des Bundes sieht es ganz anders aus. Der SPD-Bundesfinanzminister Scholz hat dieses Jahr 237 Milliarden Euro Schulden gemacht. Für 2021 plant er derzeit bereits 160 Milliarden Euro

neue Schulden und wird die Schuldenbremse aussetzen. Die Coronakrise macht es möglich.

Natürlich werden dafür höhere Steuern kommen, so wie es auch die SPD genüsslich gebetsmühlenartig propagiert, während die CDU durch ihr Schweigen zustimmend signalisiert, dass sie dem auch nicht abgeneigt ist.

Eine Studie der Universität zu Köln hat noch im September ergeben, dass auch mittelfristig Steuererhöhungen nicht erforderlich seien.

Der Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen fordert sogar steuerliche Entlastung für Bürger und Unternehmen.

Und die EU? Sie darf im Gesamtbild nicht vergessen werden. Sie sieht die Chance in Form von Corona gekommen. Die Weichen sind falsch gestellt: Schulden, höhere, eigene Steuern. Dieses Konzept zur künftigen EU-Finanzierung widerspricht allen bisherigen Regeln und bedroht den Wohlstand von ganz Europa.

(Beifall von der AfD)

Die Schuldenunion ist besiegelt. Die Zuschüsse sind eine Fehlkonstruktion. Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland werden darunter leiden.

Die „WirtschaftsWoche“ hat in ihrem Leitartikel vergangenen Monat die langfristige Zerstörung unserer Wirtschaftsordnung durch die giftige Geldflut ernüchternd dargelegt.

Für den Haushalt 2020 hatte die AfD-Fraktion 103 Anträge eingebracht. Keiner davon fand eine Mehrheit. Für den Haushalt 2021 haben wir 127 Anträge mit einem Einsparvolumen von über einer halben Milliarde Euro eingebracht.

Ein Blick in den wieder sehr aufschlussreichen Jahresbericht des Landesrechnungshofes beweist, dass es bezüglich der Sparsamkeit und des sorgfältigen Umgangs mit dem Geld unserer Bürger noch einige Luft nach oben gibt.

Der Jahresbericht kommt direkt in den Vorbemerkungen zu dem Schluss, dass die gesamte Haushaltssituation des Landes auf den Prüfstand gehört, um für die Zukunft richtige Entscheidungen treffen und gegebenenfalls erforderliche Korrekturen vornehmen zu können.

Vor der Coronapandemie hatten wir ständig steigende Steuereinnahmen und sinkende Zinslasten. Die Landesregierung hat diese guten Jahre, wie immer wieder von uns moniert, nicht für eine durchgreifende Konsolidierung des Landeshaushalts genutzt. Die in der Vergangenheit vorhandenen Spielräume wurden eben nicht verwendet, um dafür zu sorgen, Schulden abzubauen. Heute ist das leider aus bekannten Gründen nicht möglich.

Es ist trotzdem gut und wenigstens etwas beruhigend, dass die Schuldenbremse seit diesem Jahr gilt, auch wenn sie schon für den Haushalt 2020 nur unter Zuhilfenahme haushaltsrechtlicher Möglichkeiten eingehalten werden konnte, zum Beispiel durch eine Entnahme aus den allgemeinen Rücklagen, die Einnahme aus Kreditumfinanzierung und natürlich die Dauerspardose geplanter, aber nicht besetzter Stellen.

Der Landesrechnungshof befürchtet klar die missbräuchliche Verwendung aus dem ausschließlich für die Bewältigung der Coronakrise gebildeten Sondervermögen von 25 Milliarden Euro. Diese Befürchtungen sind bekanntlich mehr als berechtigt.

Auch der Bund der Steuerzahler hat diese Missstände bereits im Juli offengelegt, nämlich etwa Förderprogramme im Rahmen der nationalen Klimaschutzziele, Ausgaben für die Altlastensanierung von Grundstücken oder das Sonderprogramm für kommunale Verkehrsinfrastruktur.

Der Landesrechnungshof hat im Jahresbericht wieder reichlich finanzielles Fehlverhalten aufgeführt. Diese Fehlverhalten sind unter anderem die immer noch nicht geänderte Reisekostenverwaltung mit einer Einsparmöglichkeit im zweistelligen Millionenbereich.

Im Rahmen der Städtebauförderung aus Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wurden unzulässigerweise Abrechnungen auf der Grundlage sogenannter Selbstkosten vorgenommen, also teurer als zu Marktpreisen, die zugrunde gelegt werden müssten.

Bei der Zahlung von Zulagen und ähnlichen Leistungen durch fehlerhafte Anwendung von Rechtsvorschriften werden Leistungen vielfach zu Unrecht gezahlt.

Auch bei der Instandhaltung von Landesbauten durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen – BLB NRW – gibt es Beanstandungen. Der Landesrechnungshof stellt in dem von ihm geprüften Achtjahreszeitraum eine Abweichung von 535 Millionen Euro zwischen den vom BLB NRW geplanten und den tatsächlich verausgabten Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen fest.

Ich kann hier natürlich nicht alles aufzählen. Ein besonderes Schmankerl möchte ich Ihnen aber nicht vorenthalten. Es betrifft die Bearbeitung von Einkommensteuerfällen durch die 17 Finanzämter für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen, durch die unserem Land viel Steuern entgehen.

Der Landesrechnungshof stellt fest, dass dort mehr als jede vierte von den 551 geprüften Bearbeitungen mangelbehaftet ist. Ich zitiere aus dem Jahresbericht 2020 des Landesrechnungshofes: Das vorsichtig geschätzte finanzielle Ergebnis der Prüfung beläuft sich auf rund 2,7 Milliarden Euro. Zudem haben sich in

nicht wenigen Steuerfällen Anhaltspunkte für eine steuerlich unzutreffende Beurteilung ergeben, insofern wurde das Steuerausfallrisiko auf rund 1 Milliarde Euro geschätzt. – Zitat Ende

Aber es kommen zukünftig verbindliche Prüflisten zum Einsatz, die sich erheblich fehlerreduzierend auswirken werden. Oh, wie tröstlich! So sollte die Regierung nicht mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

Grotesk wirkt in diesem Zusammenhang auch der Artikel in der „Rheinischen Post“ vom 9. Oktober 2020. Nach dem Willen von Herrn Ministerpräsident Laschet soll NRW Vorbild beim Bürokratieabbau sein.

Fakt ist aber, dass die Ministerialbürokratie in Nordrhein-Westfalen seit der Regierungsübernahme kontinuierlich aufgebläht wird. Selbst der Landesrechnungshof moniert dies. So werden 2021 weitere zusätzliche 295 Stellen aufgebaut. Seit 2017 sind es insgesamt 900 Stellen.

Ich erinnere nochmals an unsere 127 abgelehnten Anträge zum Haushalt 2021 – auch genau zu diesem Thema der Stellenausweitung.

Nicht dabei berücksichtigt ist der Antrag auf Verkleinerung des Landtags. Hier bietet sich noch die Chance, ein Zeichen zu setzen.

Der Bund hat deutlich vorgemacht, wie es nicht sein sollte. Keiner wollte nur einen Sitz aufgeben. So wurde es bekanntlich schlicht und ergreifend die Lachnummer.

Dazu passen die heutigen Berichte in der Presse über die unnütze und futuristische Erweiterung des Landtags. Bürgerferner geht es nun wirklich nicht mehr.

Geld spielt offensichtlich keine Rolle. Das gilt anscheinend auch für den Landtag. Einfach beschämend: Pleiten, Altersarmut, Kurzarbeit – und wir als Abgeordnete lassen es uns gut gehen.

So hat es zum Beispiel ein Vertreter des Verbands der Schausteller anlässlich einer Anhörung auf den Punkt gebracht. Er stellte klar:

Die Schausteller benötigen keine wortreichen Beteuerungen des Mitgefühls, sondern die Genehmigung, ihre Arbeit und Tätigkeit ausführen zu können, bzw. Geld.

Bezeichnend war auch Ihre Reaktion bzw. Ablehnung unseres Antrags „Nein zu Enteignungsphantasien ...“ auf der Basis der Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zur Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise. Im Haushaltsausschuss wurde unser Antrag als angeblich überflüssig dargestellt, da etwas Derartiges wie eine Vermögensabgabe gar nicht

anstehen würde und wir als AfD nur Ängste schüren würden.

Nur zur Erinnerung: Die Ausarbeitung ist vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages und nicht von der AfD. Die Ausarbeitung wurde bereits im April 2020 veröffentlicht, also schon zu Beginn der Pandemie. Zwischenzeitlich gibt es dazu übrigens mehr Literatur.

Ich wünsche mir und uns allen, dass die Kritiker unseres Antrags recht behalten. Aber wie heißt es in Goethes Faust doch schon so treffend? „Die Botenschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Den Haushalt müssen wir leider ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will wenigstens auf einige Punkte aus den Reden der Kollegin Düker und des Kollegen Zimkeit eingehen.

Herr Kollege Zimkeit, dafür, dass Sie uns eigentlich Lethargie unterstellen, war ganz schön viel Einzelpunktkritik dabei. Sie müssen sich schon entscheiden. Entweder machen wir zu wenig, oder wir machen die Sachen falsch. Aber beides passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben den Rettungsschirm für eine starke Reaktion auf die Coronakrise einvernehmlich im Landtag verabredet.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wir haben den Landeshaushalt mit den richtigen Schwerpunkten für das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen. Es bedarf offenkundig immer wieder der Erklärungsnotwendigkeit, um deutlich zu machen, dass das die transparenteste Art und Weise ist, wie man mit diesem Corona-Thema überhaupt umgehen kann.

Wir haben den normalen Landeshaushalt. Wir müssen in diesem Land dringend aufsteigen. Als wir es 2017 übernommen haben, waren wir in viel zu vielen Politikbereichen hinten. Da müssen wir nach vorne. Da müssen wir investieren. Deswegen machen wir den normalen Landeshaushalt, und deswegen gibt es da auch keine Schulden. So einfach ist das.

Dann gibt es die Coronapandemie. Darauf müssen wir stark und passgenau reagieren. Wir müssen aber sorgfältig darauf aufpassen, dass das, was wir tun,

auch wirkt. Deswegen gibt es bis zu 25 Milliarden Euro.

Jede einzelne Maßnahme geht durchs Parlament. Transparenter geht es eigentlich nicht mehr. Hören Sie deshalb endlich einmal auf, den Transparenzvorwurf zu erheben, oder stellen Sie ihre eigenen Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss infrage; denn jeder einzelne Euro aus dem Rettungsschirm durchläuft den Haushalts- und Finanzausschuss in einer sorgfältigen Debatte. Transparenter geht es nicht. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann haben Sie einen Ihrer „golden Oldies“ herausgeholt, nämlich die Haushaltspolitik sei unsozial. Dazu habe ich schon mehrfach etwas gesagt. Ich glaube, bei Ihnen muss ich es erst einmal grundsätzlich angehen.

Zwei Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nach Wilhelm Röpke, die Sie gerne vergessen, sind ganz wichtig: Das ist zum einen das Gemeinwohlprinzip. Von einer sozialen Marktwirtschaft ist vor allem ein Dienstwert infolge funktionierender institutioneller Rahmenbedingungen zu leisten.

Das ist zum anderen das Subsidiaritätsprinzip, wonach insbesondere die kleinen Einheiten in die Lage versetzt werden sollen, ihr Leben bestmöglich in die Hand zu nehmen, weil die soziale Marktwirtschaft die Persönlichkeit, den einzelnen Menschen und gerade nicht ein Kollektiv ins Zentrum stellt. Deswegen verfolgen wir das seit unserer Regierungsübernahme konsequent.

Ein einziges Beispiel für die Grundphilosophie: Als der Bund Ende des Schuljahres 2018/2019 seine 50%ige Mitfinanzierung an der Berufseinstiegsbegleitung für förderungsbedürftige junge Menschen eingestellt hat, um sie beim Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in eine Berufsausbildung zu unterstützen, hat das Land Nordrhein-Westfalen diese Maßnahme mit einer Überbrückungsfinanzierung zunächst bis Ende 2020 gesichert. Mit dem Haushaltsentwurf für 2021 wird eine Regelförderung des Landes zur dauerhaften Sicherung dieser Berufseinstiegsbegleitung eingeführt.

Genau das ist die Philosophie: Hilfe zur Selbsthilfe und Zutrauen ermöglichen. Das ist eine richtig verstandene Sozialpolitik dieser Regierung.

(Vereinzelte Beifall von der CDU und der FDP)

Die Wirtschaftsimpulse haben Ihnen gefehlt; das betrifft Frau Düker und Herrn Zimkeit. Offenkundig ist ein Teil der Debatte an Ihnen vorbeigegangen. Mit der Kofinanzierung für Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket des Bundes haben wir, das Land Nordrhein-Westfalen allein, 1,7 Milliarden Euro für ein maßgeschneidertes Programm zur Verfügung gestellt.

Das betrifft die Digitalisierung, übrigens insbesondere im Bereich der Bildung, Investitionen in die Krankenhäuser, sowohl in die normalen Krankenhäuser als auch in die Universitätsklinken, die Unterstützung für Solo-Selbstständige, die Unterstützung für Kultureinrichtungen und auch den Klimaschutz. Alles wird neben dem Bundeskonjunkturpaket kofinanziert.

Insgesamt fließen damit 2,9 Milliarden Euro in die Krankenhäuser, in die Pflegeschulen und in die Unikliniken. 1,3 Milliarden Euro fließen in die Bereiche „Kunst“ und „Kultur“, an Solo-Selbstständige, an Freiberufler oder in die Umweltwirtschaft. Große dreistellige Millionensummen stellen wir als Konjunkturpaket zur Verfügung.

Die Kommunen bekommen insgesamt 3,9 Milliarden Euro zusätzlich, insbesondere aufgrund der Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle, als Unterstützung bei den Kosten für den öffentlichen Nahverkehr und aufgrund der Entlastungen bei dem vorgesehene kommunalen Eigenanteil.

Die Schließung der Schulen und die Umstellung auf das digitale Homeschooling haben deutlich gemacht, dass wir bei der Digitalisierung Fortschritte machen müssen. Deswegen investieren wir über 400 Millionen Euro in die Digitalisierung der Schulen.

Das alles sind konjunkturell wirksame Impulse. Übrigens kommt es nicht von ungefähr, dass die wirtschaftlichen Zahlen des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 im Bundesvergleich unter Andreas Pinkwart und unter dieser Landesregierung besser geworden sind, als sie es vorher waren. Das ist ein Erfolg der Landesregierung und dieses Landtages.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Dann kam immer wieder die alte Behauptung, wir hätten zu wenig investiert. Da frage ich mich schon am Anfang, wie das eigentlich sein kann. Investitionen wirken langfristig.

Ich habe einmal ins Geschichtsbuch unseres Landes geguckt. 1966 war ein wichtiges Jahr. Heinz Kühn übernahm die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Seitdem sind nach Adam Riese 54 Jahre vergangen. Davon hat Rot-Grün 46 Jahre regiert. Wir haben mit Helmut Linssen als Finanzminister fünf Jahre lang – unserer acht Jahre Regierungszeit – die Hinterlassenschaften von Rot-Grün teilweise weggeräumt und die Weltwirtschaftskrise bewältigt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Haha!)

Jetzt sprechen Sie ernsthaft davon, dass wir die zu geringen Investitionen des Landes Nordrhein-Westfalen verschuldet hätten. Das ist – ich muss es diplomatisch sagen – eine intellektuelle Tortenschlacht. Mehr ist es nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie sind die wirklichen Quoten im Vergleich zu den anderen Ländern? 2021 beträgt die Investitionsquote in Nordrhein-Westfalen 10,3 %. Das ist weit über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer, der bei 9,3 % liegt. Wir haben damit insgesamt die zweitbeste Investitionsquote hinter dem Streberland oder den Strebern aus Bayern, wie Sie es genannt haben, Frau Kollegin Düker. Wir liegen aber deutlich vor Baden-Württemberg. Dort beträgt die Quote 9,8 %. Und wir liegen sehr deutlich vor Rheinland-Pfalz mit 6,7 % und Niedersachsen mit 6,4 %. Daran sehen Sie, dass wir in der Spitzengruppe liegen.

Zur Erinnerung noch einmal die Zahlen in Euro: In Ihrem letzten Haushalt für 2016 betrugen die Investitionsausgaben im Ist rund 6 Milliarden Euro. Das ist zu Ihren Gunsten schon aufgerundet. Im aktuellen Haushalt für 2021 sind Investitionsausgaben von 8,7 Milliarden Euro enthalten. Wir haben damit die Investitionsausgaben um rund 2,7 Milliarden Euro oder rund 45 % gesteigert. Ich finde, Grundrechenarten gehören auch zu einer Haushaltsdebatte, und da sollte man plus und minus nicht verwechseln.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Heike Gebhard [SPD] und Josef Hovenjürgen [CDU])

– Bitte?

(Josef Hovenjürgen (CDU): Und die Grundrechenarten auch beherrschen!)

– Auch die Grundrechenarten sollte man beherrschen, wie der Kollege Hovenjürgen völlig zu Recht sagt. – So viel zu den wesentlichen Vorwürfen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich will noch drei neue Punkte herausgreifen, die in der Ergänzungsvorlage stehen und die besondere Beachtung verdienen.

Das ist einmal die Erhöhung der Zuwendungen an die Destinatäre auf dann 100 Millionen Euro. Wir rechnen damit, dass die Konzessionseinnahmen aus Glücksspielen künftig stabil bleiben. Deswegen wollen wir gerade die gemeinnützigen Organisationen in Nordrhein-Westfalen, die daran teilhaben, auch stärker teilhaben lassen. Die Fraktionen von CDU und FDP haben das klugerweise vorangetrieben. Insgesamt können dadurch 4,2 Millionen Euro für den Landessportbund, 1,4 Millionen Euro für die Kunststiftung und 3,6 Millionen Euro für die Stiftung Wohlfahrtspflege zusätzlich bereitgestellt werden. Das sind kluge Initiativen der Fraktionen, die in der Ergänzungslieferung enthalten sind, und das ist die richtige Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die Gesundheitspolitik habe ich eben schon angesprochen. Wir haben Rieseninvestitionen für Krankenhäuser und Universitätskliniken vorgesehen. In der Ergänzungslieferung ist ein herausragendes Pro-

jekt enthalten, das Beachtung verdient. Das Universitätsklinikum Essen wird das nationale Zentrum für Tumorerkrankungen – auch mit Hilfe des Bundes – errichten. Das Land Nordrhein-Westfalen finanziert das.

Zur Abrundung möchte ich auf die Unterstützung der Wissenschaftspolitik eingehen. Im Ruhrgebiet werden wir mit dem Aufbau des Research Centers im Rahmen der Universitätsallianz Ruhr gezielt interdisziplinär und zukunftsorientiert Forschungsfelder weiter erstrecken. Das ist übrigens eine der ganz großen Leistungen aus dem Ruhrgebiet heraus. Dagegen hat es bisher – auch in der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten – riesige Barrieren in den Köpfen gegeben. Die sind jetzt nicht nur eingerissen, sondern die Universitäten haben sich auf eine für diese Verhältnisse geradezu revolutionäre Form der Zusammenarbeit verständigt. Das hat ein riesengroßes Potenzial, und deswegen werden wir es entsprechend fördern.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Da meine Redezeit jetzt zu Ende ist und ich Ihnen nach der aus meiner Sicht nicht bahnbrechenden Kritik nicht noch mehr Redezeit geben will, sage ich Ihnen, dass mein Haushalt mit Maß und Mitte aufgestellt ist.

Ich freue mich trotzdem auf die Beratung. Dabei hören wir uns wie immer jedes Argument mit großer Freude an. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Lienenkämper. – Nun hat für die SPD Herr Kollege Zimkeit noch einmal das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Es hat nichts genutzt; denn ich hatte noch Redezeit.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Heiterkeit von Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in der Rede des Finanzministers und der Koalitionsfraktionen ist sehr deutlich geworden: Sie hören nicht zu. Sie hören uns nicht zu – wir sind das gewöhnt –, aber Sie hören auch den Menschen im Land nicht zu.

Wenn Sie so sozial wären, wie Sie tun, warum sprechen die Wohlfahrtsverbände dann davon, dass sie sich von dieser Landesregierung verdrängt fühlen würden?

(Christof Rasche [FDP]: Das tun sie gar nicht!)

– Das ist ein Zitat aus der Anhörung. Wenn Sie das Gegenteil behaupten, sagen Sie die Unwahrheit – damit das klar ist.

(Beifall von der SPD – Christof Rasche [FDP]: Eine Stimme!)

– Herr Rasche, nehmen Sie die Wahrheit zur Kenntnis; denn Sie waren doch gar nicht da. „Verdrängen“ ist das Zitat.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Und „nicht zuhören“ ist das Motto!)

Zur Frage des Transparenzrettungsschirms sagen Sie etwas von Tortenschlacht und dass nur wir das sähen. In der Anhörung hat sich das ganze Spektrum der Sachverständigen – vom DGB über den Landesrechnungshof bis hin zum Bund der Steuerzahler – über die Intransparenz beschwert. Sie ignorieren das aber. Sie nehmen überhaupt nicht mehr wahr, wie allein Sie in diesem Land stehen und wie sehr Sie kritisiert werden. Sie sind abgehoben.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wie abgehoben Sie sind, ist auch bei den Investitionen klar geworden; Frau Düker hat das deutlich gemacht. Praktisch alle Sachverständigen haben gesagt: Wir brauchen mehr Investitionen in diesem Land. – Sie sprechen von den Grundrechenarten. Zur Wahrheit gehört dann aber auch, dass Sie die Investitionsquote in einer solchen Krisenzeit senken wollen. Wenn Sie die Krise und den Investitionsstau überwinden wollen, kann das nicht Ihr Ernst sein.

Wie abgehoben diese Koalition ist, hat Herr Witzel gezeigt. Er hat auch gezeigt, wie unglaublich seine Äußerungen sind. Er kritisiert hier Olaf Scholz für die Schuldenaufnahme, während gleichzeitig Herr Pinkwart keine Gelegenheit auslässt, für alle möglichen Dinge Hilfe vom Bund zu fordern.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Herr Laschet hat vorhin vom Bund die Dezemberhilfe gefordert. Ihr Redebeitrag enthielt hingegen die Forderung, darauf zu verzichten. Damit lassen Sie diejenigen, die die Hilfe jetzt brauchen, im Stich. Sie können doch nicht gleichzeitig Mehrausgaben und Schulden fordern.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Der Gipfel der Frechheit ist aber, dass Sie sich für die Privatisierung

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

der Spielbanken loben – als dem einzigen Erfolg – und gleichzeitig eine Streichung des Kurzarbeitergelds fordern. Ihnen sind die Beschäftigten in diesem Land egal. Ihnen geht es nur um die Spielbankkonzerne. Das ist alles, was von Ihrer Politik übrig bleibt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn uns Herr Lehne dann bittet, hier einmal gemeinsam zu handeln, ist das der Gipfel der Unverfrorenheit.

(Ralf Witzel [FDP]: Blödsinn!)

Sie lehnen alle unsere Vorschläge zum Haushalt und zum Rettungsschirm ab. Alles wird meistens ohne Begründung weggestimmt, während Sie gleichzeitig ein gemeinsames Handeln fordern. Auch das kann nicht Ihr Ernst sein. Pharisäerhafter geht es eigentlich überhaupt nicht mehr.

(Beifall von der SPD)

Unabhängig von diesen inhaltlichen Unterschieden – Herr Lehne, Sie haben das erste Mal hier als haushaltspolitischer Sprecher geredet – fordere ich Sie sehr ernsthaft auf,

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Ein guter Mann!)

nie mehr – Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer sollte Ihnen das vielleicht einmal sagen – SPD, Grüne und AfD in einem Atemzug zu nennen. Das ist nicht in Ordnung, Herr Kollege.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – [Markus Wagner [AfD]: Ich finde es auch eine Unverschämtheit, uns mit Ihnen in einem Atemzug zu nennen! Ich bin empört! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das will ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Bisher haben wir es immer geschafft, die Debatten gemeinsam zu führen. Solche Gleichsetzungen sind nicht in Ordnung.

Zum Abschluss ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, wie lethargisch Sie in der Haushaltspolitik sind. Aus Lucky Lutz ist der lethargische Lutz geworden. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD – Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Zimkeit. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Die Abstimmung ist auf nach 14 Uhr vertagt. Ich schließe daher die Aussprache zur Grundsatzdebatte und rufe gleich den Einzelplan 03 auf.

Zuvor möchte ich jedoch feststellen, dass wir das Wort – ich zitiere jetzt – „pharisäerhaft“ in diesem Hohen Hause nicht verwenden. Da es aber von beiden Seiten gesagt wurde, steht es gerade eins zu eins,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und wir lassen das nun so stehen. Ich habe niemanden dafür gerügt. Ich habe gehört, dass die Kollegin

auch nicht gerügt hat. Ich weise aber darauf hin, dass dieses Wort auf der Liste der bösen Wörter steht, die wir weiterhin ernst nehmen müssen.

Wir kommen zu:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/11903, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/11929 und die Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksachen 17/11945 bis 17/11950 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion steht Herr Kollege Ganzke schon bereit. Er hat das Wort. Bitte schön.

Hartmut Ganzke (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon heute Vormittag um 10 Uhr kurz mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Christos Katzidis, gesprochen, weil ich der erste Redner der Opposition bin und deshalb nicht weiß, was er ausführen wird.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Ich will damit nur sagen: Lieber Christos Katzidis, ich hoffe sehr, dass deine Rede nicht folgendermaßen beginnt – ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich! Seit 2017 schafft es diese NRW-Koalition, der Polizei endlich das zu geben, damit sie richtig arbeiten kann.

(Beifall und Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, aber das stimmt doch!)

Dem Kollegen habe ich gesagt, dass ich hoffe,

(Zuruf von Dr. Christos Georg Katzidis [CDU])

dass seine Rede nicht so beginnen wird.

(Marc Lürbke [FDP]: Die Wahrheit tut weh!)

Ich will dir und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch mitteilen, warum ich das gesagt habe: Das wäre vollkommener Quatsch,

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

und es wäre gegenüber den weit über 50.000 Beschäftigten der Polizei in NRW, die nicht erst seit 2017 einen tollen Job für uns alle machen, unehrlich, unfair

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

und falsch. Denn diese Kolleginnen und Kollegen haben auch schon vor 2017